



## Themen in dieser Ausgabe:

- **Jordanien hinter seinem König vereint**
- **Der republikanische Marsch, ein Irrweg**
- **200. Geburtstag von Fürst Bismarck**
- **Die Parteien haben sich den Staat zur Beute gemacht**

Jahr 10, Ausgabe 3

22.02.15

Bezieher: 645

## Jordanien hinter seinem König vereint

Jordanien ist ein Land, welches von mehr oder weniger aggressiven Nachbarn eingepfercht ist, und zudem ein massives Problem mit palästinensischen Flüchtlingen hat: 2 Millionen der etwa 6,3 Millionen Einwohner sind keine geborenen Jordanier. Dennoch galt Jordanien lange als Land der Vernunft, welches nicht nur wie Saudi-Arabien für Stabilität in der Region sorgte, sondern deren Eliten auch einen moderaten Islam vertraten und die Verständigung mit Israel suchten. Die Gegensätze religiöser Natur und das Flüchtlingsproblem zu überwinden, war und ist dabei ein Drahtseilakt, der viele Staaten überfordern würde. Daß Jordanien bislang nicht überfordert ist, hängt auch mit der Monarchie zusammen, welche die verschiedenen Stämme und Fraktionen im großen und ganzen vereint halten konnte. [Auch der Arabische Frühling entfaltete in Jordanien keine spürbare Wirkung.](#)



Martialisch präsentiert sich *König Abdullah II.* seinem Volk in einer Stunde, in der es das Gefühl von Sicherheit braucht.

Im Krieg gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) leistete das Land bisher eher einen symbolischen Beitrag, da nicht zu unrecht Auswirkungen auf die Gegensätze innerhalb des eigenen Landes befürchtet wurden. Diese Gegensätze auszuspielen war auch das Ziel des IS, welches hinter der barbarischen Verbrennung des jordanischen kriegsgefangenen Luftwaffepiloten *Moaz al-Kassasbeh* bei lebendigem Leibe stand: Jordanien sollte einerseits zum Ausscheiden aus dem Krieg gebracht werden. Gleichzeitig sollte die durch den erwarteten Rückzug manifest gewordene Schwäche der Regierung den fundamentalistischen Islamisten in Jordanien Auftrieb dafür geben, auch dort einen Gottestaat zu errichten. Das alles andere als abwegige Kalkül des IS ist jedoch nicht aufgegangen, was vor allem an der energischen Reaktion von *König Abdullah II.* liegt. Dieser brach einen Staatsbesuch ab, um die Familie des Opfers im Königspalast zu empfangen. Im Anschluß daran versprach der König seinen Untertanen, den IS von der Erde zu tilgen, was sofort in die Tat umgesetzt wurde: *Abdullah II.* ist ausgebildeter Luftwaffenoffizier und koordiniert persönlich die Angriffe auf die Hochburgen des sogenannten Islamischen Staats. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß er selbst dabei noch in ein Flugzeug steigen wird. Die kleine jordanische Luftwaffe richtet dabei großen Schaden an: Bereits 20 % der militärischen Infrastruktur der Terrororganisation sollen so schon zerstört worden sein, was auch von neutraler Seite bestätigt wird. Die meisten Monarchen sind heute noch formell Oberbefehlshaber ihrer jeweiligen Streitkräfte und das Beispiel Jordanien zeigt, daß diese Funktion, wenn sie mit Leben gefüllt wird, Sinn macht und die Soldaten zu Höchstleistungen motivieren kann. Bundespräsident *Gauck* dagegen [kritisierte](#) die Vergeltungsmaßnahmen als moralisch falsch. Wäre er Präsident einer Republik Jordanien, wäre das Land wahrscheinlich schon auseinandergebrochen. Wie gut dagegen, daß Jordanien einen König hat. L.R.

## Der republikanische Marsch, ein Irrweg

Nach dem Terroranschlag auf das Satiremagazin *Charlie Hebdo* gingen in Frankreich Millionen Menschen auf die Straße, um sich gegen die Bedrohung der Meinungsfreiheit zu wehren. Regierungsamtlich wurde ein *marche républicain* organisiert, (siehe im Corona-Blog [Je suis Louis XVI](#)), zu dem jedoch nicht einmal alle Republikaner eingeladen waren. *Marine Le Pen* war trotz ihres Bekenntnisses zur Französischen Republik unerwünscht. Mittlerweile hat der republikanische Marsch an Tempo zugelegt und es ist der französischen Regierung ein Anliegen, sogenannte republikanische Wert zu propagieren. In den Schulen sollen sie auf die Lehrpläne gesetzt werden, weil zahlreiche Bildungseinrichtungen meldeten, in vielen Klassen hätten sich Schüler geweigert, die Schweigeminute für

die Terroropfer einzuhalten, stattdessen seien Sympathien für die Attentäter bekundet worden. Es läßt sich leicht ausmalen, wieviel Effekt ein Schulunterricht in republikanischen Werten haben wird.

Ein weiterer Plan sieht die Einführung eines obligatorischen Zivildiensts für alle 18- bis 24-jährigen vor, also auch für die jungen Frauen. Den Wehrdienst für Männer hat Präsident *Jacques Chirac* 1997 „ausgesetzt“, weil er nicht mehr in die Zeit paßte und nebenbei den Militärbudget ruinierte. Anders als in Deutschland wollten die französischen Verteidigungsexperten keine Wehrpflichtige, die in nicht wenigen Fällen Analphabeten waren und erst mittels Schreibkursen mit der französischen Schriftsprache vertraut ge-



Kein republikanischer Marsch: Junge Royalisten gegen die Republik.

macht werden mußten. Ein sechsmonatiger Zivildienst soll Millionen junger Leute zu unqualifizierten Arbeiten heranziehen und dabei dürfen sie republikanische Tugenden erfahren. Woher Frankreich die Mittel zu solch unproduktivem Tun nehmen will, scheint für die Regierung kein Problem zu sein. Das Staatsdefizit wird eben weiter wachsen. H.S.

## 200. Geburtstag von Fürst Bismarck



Deutschlands eiserner Kanzler war ein Aprilscherz: Am 1. April 1815 wurde **Otto von Bismarck** geboren, was jetzt



Der Berliner Kongreß von 1878: Das nicht gerade für seine Außenpolitik berühmte Deutschland war unter Bismarck für einen kurzen Zeitraum Dreh- und Angelpunkt europäischer Diplomatie.

200 Jahre her ist. Obwohl durchaus auf seine wenig konsensorientierte und daher auch wenig erfolgreiche Innenpolitik hingewiesen werden darf, war er doch in einer Nation, die selten geschickte Diplomaten hervorgebracht hat, der größte Außenpolitiker, und gerade das ist nach wie vor brandaktuell, da die Situation sich seit **Bismarcks** Zeiten zweier Weltkriege zum Trotz nicht wesentlich geändert hat: Deutschland ist noch immer vor das Problem gestellt, zu klein für eine Hegemonialmacht jedoch zu groß für den Status eines europäischen Landes wie jedes andere zu sein. Dazu kommt die geographische Lage im Zentrum Europas. Es geht in Europa daher wie schon zu **Bismarcks** Zeiten kaum etwas dauerhaft gegen Deutschland, jedoch wird deutsche Außenpolitik an sich von anderen europäischen Ländern gerne als fremde Einmischung wahrgenommen, gegen

die polemisiert wird, wie jüngst zum Beispiel in Griechenland, aber durchaus auch in Frankreich oder Italien. Die Bundesrepublik hat versucht, diese Situation dadurch zu lösen, überhaupt keine Außenpolitik zu betreiben, auch nicht nach der Wiedervereinigung. Dieses Kalkül war schon direkt nach der Wiedervereinigung falsch, ist aber spätestens in Zeiten der Eurokrise auch sichtbar hinfällig geworden, da die anderen Länder Lösungen von Deutschland erwarten und auch mit Forderungen an es herantreten. Dabei wurde besonders deutlich, daß die Verweigerung von Außenpolitik Deutschland weder beliebter macht, noch von seiner Verpflichtung als Halbhegemon in der EU entbindet, noch zu besseren politischen Ergebnissen führt – siehe Ukrainekrieg und Eurokrise.

Vor eine ähnliche Lage gestellt, hat **Bismarck** sich der Außenpolitik nicht verweigert, sondern sie aktiv betrieben und dem Deutschen Reich in seinen Anfängen so geschickt den Frieden erhalten. Zu aktiver Politik gehörte sowohl Milde, wie zum Beispiel gegen Österreich nach 1866, Härte, wie durch die politische Isolation der auf Revanche für 1870 gebürsteten Franzosen, und auch Hinterlist, wie durch den Rückversicherungsvertrag mit Rußland. Hätte er darauf gewartet, was die anderen machen, wäre die antideutsche Koalition von 1914 wohl schon viel früher entstanden.

Es ist nicht bekannt, inwiefern bundesrepublikanische Kanzler und Außenpolitiker **Bismarck** studiert haben, jedoch sollte die Auseinandersetzung mit ihm für jeden deutschen Staatsmann zwingende Pflicht sein. L.R.

### Die Parteien haben sich den Staat zur Beute gemacht

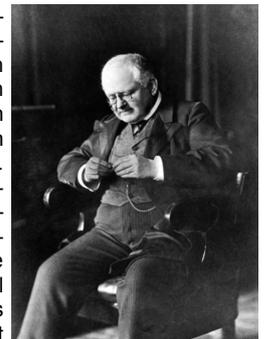
#### Joseph de Maistre:

Die Wiedererrichtung der Monarchie, die man Gegenrevolution nennt, wird keine gegenteilige Revolution sein, sondern das Gegenteil der Revolution.\*)

\*) « *Le rétablissement de la monarchie, qu'on appelle contre-révolution, ne sera point une révolution contraire, mais le contraire de la révolution.* »

Am 31. Januar 2015 ist der ehemalige Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** gestorben. Die bundesrepublikanischen Medien und die Politik waren sich darin einig, daß es sich hierbei um einen „großen“ Bundespräsidenten handelte, soweit es dieses Amt eben zuläßt, und in den Gedenkreden wurde der Schwerpunkt immer wieder auf seine Rede mit der Interpretation des 8. Mai 1945 als Befreiung gelegt. Auf die Frage, ob dies die Mehrheit der Deutschen damals tatsächlich so empfand, soll hier nicht eingegangen werden. Vielmehr ist interessant, auf welchen **Ausspruch von ihm** überhaupt nicht eingegangen wurde: Der Vorwurf, daß sich die Parteien den Staat zur Beute gemacht haben, kam in dem Gedenken an ihn in Politik und Medien überhaupt nicht vor. **Weizsäcker**, dessen Ahnen im Gefolge des Königs von Württemberg dienten, brachte aufgrund seiner aristokratischen Herkunft dem grauen Amt des Bundespräsidenten etwas Flair und trotz seiner Parteikarriere konnte er sich vielleicht auch etwas Unabhängigkeit bewahren. Daß er sich mit seiner Forderung nach einer Beschneidung der Macht der Parteien nicht durchsetzen konnte, sondern vielmehr das Gegenteil eintrat und die Parteien jeden Tag mächtiger werden, ist der Schwäche des Amtes geschuldet, welches letztlich auch von den Parteien domi-

niert wird, die sich in der Bundesversammlung einen gefügigen Präsidenten wählen können. Und wenn sie sich einmal vertan haben, dann wählen sie in der nächsten Legislatur eben einen neuen. Da kann man weder Unabhängigkeit noch Durchsetzungsvermögen vom jeweiligen Amtsträger erwarten, wie es bei einem König der Fall wäre. Daß **Weizsäcker** dies gerade ob seiner Herkunft nicht erkannt und entsprechende Konsequenzen gezogen hat, ist sicher ein Versäumnis, denn so wird sein Einsatz vergeblich gewesen sein. Politik und Medien der Republik fingen schon bei seinem Tod mit der Selektion dessen an, was an **Richard von Weizsäcker** nach ihrer Meinung des Gedenkens würdig ist und was nicht. L.R.



*Karl Hugo Weizsäcker, ab 1916 von Weizsäcker, war zwischen 1906 und 1918 Ministerpräsident des Königreichs Württemberg.*

#### Tage:

- 1. März 1915: Die britische und die französische Regierung verkünden in einer an die neutralen Staaten gerichteten Erklärung eine Verschärfung der gegen die Mittelmächte verhängten Blockade.
- 1. März 1920: **Ritter Nikolaus Horthy von Nagybánya** wird Reichsverweser des Königreichs Ungarn.
- 12. März 1950: Bei einer Volksabstimmung sprechen sich 57,7% der Belgier für die Rückkehr **König Leopold III.** aus.

#### Impressum:

**Herausgeber:** V.i.S.d.P. Lukas Rottnick, Pasteurstraße 32, 10407 Berlin, **E-Mail:** [corona\\_redaktion@yahoo.com](mailto:corona_redaktion@yahoo.com)

**Autorenverantwortung:** Für namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Artikel ist der Autor alleinverantwortlich.

**Erscheinungsweise:** Der Rundbrief erscheint alle drei Wochen.

**Bezugsweise:** Die pdf-Datei ist kostenlos erhältlich. Interessenten wenden sich an die Redaktionsadresse, um sich in die Verteilerkartei eintragen zu lassen. Webseite zum Herunterladen *aller* Corona-Ausgaben: <https://coronachrichten.wordpress.com>, Kontakt auf [Facebook](#)

**Copyright:** Alle Rechte an den Artikel liegen bei der Redaktion und den Autoren. Nachdruck oder elektronische Verbreitung einzelner Artikel ist nur mit Zustimmung der Redaktion sowie des Autors möglich. Die unveränderte Weitergabe des Rundbriefs ist gestattet. Leserbriefe und Beiträge zur Veröffentlichung in **Corona** bitte an: [corona\\_redaktion@yahoo.com](mailto:corona_redaktion@yahoo.com); Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 21. Februar 2015